

Skizze antimilitaristischer Selbstverständlichkeiten

Die Frage von Krieg und Frieden hat die (bundesdeutsche) Öffentlichkeit seit Jahrzehnten intensiv beschäftigt und immer wieder zu politisch breiten und zahlenmäßig sehr großen Mobilisierungen geführt. Meinungsbildend war dabei „die Linke“, hier als diffuser und teilweise widersprüchlicher Begriff verstanden. Die Diffusität zeigte sich nicht zuletzt darin, dass sogar für die Mehrzahl der Mobilisierten, erst recht für sie passiv Zustimmenden, das Motiv „Wir wollen keinen Krieg“ deutlich vor dem „Wir wollen kein Militär“ stand, während letzteres in der Linken stark verankert war.

Mit den Jugoslawienkriegen in den 90er-Jahren und dem damit verbundenen Umschwenken der Grünen zu einer Kriegspartei endete zwar die grundsätzliche Antikriegsstimmung in Deutschland nicht, war aber geschwächt und die Meinungsführerschaft „der Linken“ unklarer geworden. Danach war der Krieg weit weg von hier, so weit, dass der Ukrainekrieg gelegentlich als „erster Krieg in Europa nach dem 2. Weltkrieg“ bezeichnet werden konnte. Noch mehr als im Fall Jugoslawien befürworteten nun Teile der Linken zwar nicht den Krieg allgemein, wohl aber die militärische Antwort der Ukraine auf Russlands Überfall. Antimilitarismus schien eine kaum noch vertretbare Haltung zu sein und wurde auch kaum noch vertreten. Die nach wie vor in weiten Teilen der Bevölkerung vorhandene Antikriegsstimmung konnte so von der (extremen) rechten aufgegriffen werden und heute hat sie hier klar die Meinungsführerschaft.

Keine linke Intervention kann aktuell am Kriegsverlauf, seinem möglichen Ausgang oder vorläufigen Ende etwas beeinflussen. Worauf es aber ankäme, wäre, Antimilitarismus als Haltung wieder erkennbar und einem Teil der öffentlichen Debatte zu machen.

Die reaktionäre Dominanz in der Kriegs-/Friedensfrage hat ja mit einer Haltung, die bewaffnete Konfliktlösung in der Regel ablehnt, nichts zu tun. Für die geht es lediglich darum, wie man ökonomische, geopolitische oder (kurzfristige) innenpolitische Interessen am besten kommunizieren, konsensfähig machen und durchsetzen kann. Trumps Präsidentschaft wird diesen Effekt nochmals deutlich verstärken.

Was immer seine Regierung konkret bezüglich der Ukraine unternehmen wird und welcher Erfolg damit einhergehen mag, der Druck in Richtung Waffenstillstand wird zunehmen und er wird zuallererst auf die Ukraine zielen. Damit verbunden wird aber eine Verstärkung der Militarisierung des Denkens, der Diskurse und der realen Politik sein. Trumps generellen geopolitischen Vorstellungen werden (neue) militärische Akteure Kriege ermuntern als abschrecken.

Aus einer grundsätzlich antimilitaristischen (das ist, aber das nur nebenbei, nicht identisch mit "pazifistisch") Haltung heraus kann man einen möglichen Waffenstillstand in der Ukraine nicht ablehnen. Man kann auch nicht daran vorbei, dass Friede immer mit dem Feind gemacht werden muss, und sei der noch so unangenehm. Konkret kann es also Schritte zu einer europäischen Friedensordnung nur mit Russland und nicht gegen es geben. Wie die aussehen könnten, kann man noch nur ganz grob umreißen, ebenso wie die Frage, was dabei die Instrumente, wer ehrliche Makler und wer entscheidende Akteure sein könnten. Ein paar Ideen dazu:

- * Waffenstillstand so rasch wie möglich, mit möglichst wenig militärischer und möglichst viel politischer Absicherung. So viel Entmilitarisierung auf beiden Seiten wie möglich.
- * Das ist nur realistisch, wenn nicht nur die aktuelle Aufrüstungspolitik im „Westen“ beendet, sondern globale Abrüstungsprozesse neu belebt werden
- * Speziell die deutsche Regierung muss daran erinnert werden, dass sie Rechtsnachfolger eines Regimes ist, das beide Länder mit unendlichem Leid überzogen hat; trotzdem kam Deutschland mit recht überschaubaren ökonomischen Konsequenzen davon und blieb im politischen System kein Paria.
- * Keine Rückzahlung der durch den Krieg entstandenen ukrainischen Schulden.
- * Keine Ausplünderung von Rohstoffen oder sonstigen Ressourcen in der Ukraine durch wen auch immer.
- * Keine (ökonomischen) „Strafen“ gegen Russland (politische, rechtliche, moralische Konsequenzen wird das Land sehr wohl zu tragen haben).
- * Keine Aufnahme weiterer ehemaliger Sowjetrepubliken (Georgien, Moldawien) in EU, Nato oder andere („westliche“) Bündnisse/Institutionen ohne Absprache mit Russland.
- * Prozesse wie die seinerzeitige KSZE wären erneut genau zu betrachten und auf ihre Lehren für heute zu überprüfen.
- * Dasselbe gilt für Entspannungs-, Rüstungskontroll- und andere Verträge oder staatenübergreifende Institutionen wie den Europarat oder andere.